



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

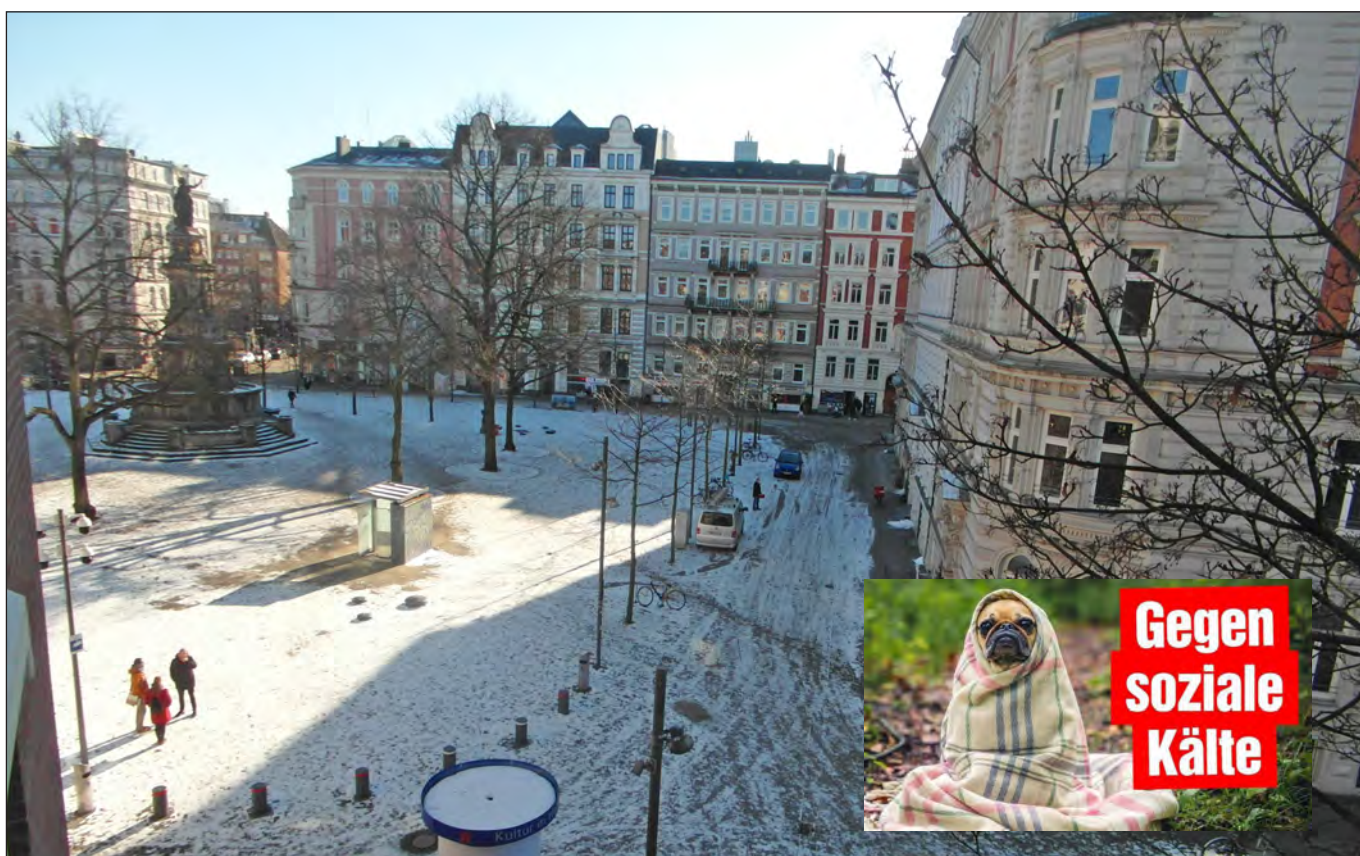
DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

17. Februar 2021

Stadtplanung +++ Hufeisen & OKJA +++ Elbtower-Gigantismus +++ Schulen in der Pandemie +++ Holsten knallt ...

Liebe Leserinnen und Leser,



Hansaplatz in Hamburg-St. Georg, 12.2.2021 (Foto: Michael Joho; Plakat: DIE LINKE Hessen)

Schon ist es Mitte Februar, und wir haben nach längerer Zeit auch mal wieder einen Winter mit Minusgraden und Schnee erlebt. Was die einen in dieser ganzen Corona-Tristesse erfreut – rausgehen, Schlitten fahren –, ist das Leid der anderen: Am 10. Februar gab es das mittlerweile 13. Opfer, einen weiteren Obdachlosen, der in diesem Winter auf Hamburgs Straßen verstorben ist. Das macht betroffen. Ebenso wie die immer noch sehr hohen, weiter wachsenden Zahlen an Corona-Infizierten und der inzwischen etwa 1.200 Verstorbenen. Für uns bleibt kaum verständlich, warum trotz der Entwicklung von nicht wenigen gefordert wird, den Lockdown schnellstmöglich zu beenden. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob nicht ein noch umfassenderer Lockdown unter Einschluss der allermeisten Arbeitsbereiche und Unternehmen – Stichwort »Zero Covid« – am ehesten verhindern kann, was wir vor einigen

Monaten erleben mussten: das dramatische Wiederanschwellen nach einer Phase im Sommer, in der wir alle dachten oder jedenfalls hofften, das Schlimmste überwunden zu haben.

Derweil geht die politische Arbeit weiter. Die Abgeordneten und Mitarbeiter:innen der Linksfraktion sind weit überwiegend im Homeoffice tätig, viel Zeit wird an den Schreibtischen verbracht und erst recht mit den inzwischen schon gar nicht mehr wegzudenkenden Videokonferenzen. Doch wer erst einmal zwei, drei Bildschirm- neudeutsch Meetings – hinter sich gebracht hat, allemal am Stück, weiß, wie ermüdend und nervend das sein kann.

Um so erfreulicher ist es, wenn sich trotz alledem die Zivilgesellschaft nach und nach wieder berappelt und für vernünftige Dinge kämpft, ja, kämpft. Unsere Solidarität gehört zum Beispiel Romana Knežević, der Pflegekraft und Betriebs-

rätin der Asklepiosklinik St. Georg, die wegen ihrer Kritik an der Personalnot von der Krankenhaus-Leitung gefeuert werden soll. Unser Gruß geht nach St. Pauli, wo Menschen allwöchentlich donnerstags eine Mahnwache vor der zerfallsbedrohten Schiller-Oper abhalten und am 26. Februar erneut eine Kundgebung gegen die Zerstörung des St. Pauli-Codes durch den Neubau des sog. Paulihauses durchführen. Und wir hoffen, dass die Aktiven die geplante Fällung der 28 Bäume am 15. Februar verhindern können/konnten. Wir beteiligen uns an der Mahnwache gegen Obdachlosigkeit und für die Unterbringung von Betroffenen in Hotels. Wir

sind dabei, wenn am 19. Februar auch in Hamburg drei Kundgebungen anlässlich des rassistischen Massakers in Hanau vor einem Jahr stattfinden. Und wir unterstützen im Rahmen unserer Möglichkeiten alle Bemühungen der Kinder und Jugendlichen, der Eltern, Kita- und Lehrkräfte, einen sicheren, guten und pädagogisch sinnvollen Alltag zurückzugewinnen.

Also, es gibt so viel zu tun in dieser Stadt. Und deshalb geben wir die Hoffnung nicht auf.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus, Abgeordnete
Hanno Plass und Michael Joho, Referenten

Stadtplanung – immer wieder neu aufrollen!

Ein Fazit von Jule Jeske, Linksfraktions-Praktikantin von Oktober 2020 bis Januar 2021



Gruß aus dem Homeoffice (Bildschirmfoto: Jule Jeske)

Im Januar war die Zeit meines Praktikums leider vorbei. Eigentlich schon Ende 2020 im Dezember, aber seien wir mal ehrlich: Einen richtigen Jahreswechsel hat es sowieso nicht gegeben und auch der »Start ins neue Jahr« verlief – zumindest bei mir – genau wie auch die letzten Monate des vergangenen Jahres. Um dem Ganzen also etwas Positives abzugewinnen, habe ich die Chance genutzt, auch meine Zeit in der Linksfraktion bei Heike Sudmann und Michael Joho noch ein paar Wochen weiterlaufen zu lassen – denn gehen wollte ich eigentlich überhaupt nicht.

So konnte ich die gewonnenen Wochen dazu nutzen, an Michaels Seite eine Große Anfrage zum Thema Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt fertig zu stellen. Ein unglaublich spannendes und wichtiges Thema, dessen Erarbeitung mich wirklich gefesselt hat. Aber es hat mich auch alle paar Tage richtig wütend werden lassen, da Diskriminierungen in jedem Lebensbereich für die betroffenen Personen alltäglich sind und so wenig dagegen getan wird. Bei meinen Recherchen und dem Durchstöbern, unter anderem

der Parlamentsdatenbank, war es erschreckend, wie erfolglos die Suche nach dem Schlagwort »Diskriminierung« ohne die zahlreichen, umfassenden Drucksachen der LINKEN wäre. Und das ist ein sehr passender Punkt, um an das Fazit für die Halbzeit meines Praktikums anzuknüpfen, was ich Ende November (s. Bürger:innenbrief 12/2020) geschrieben habe: Die Fraktionsmitarbeitenden, die ich den vergangenen Monaten kennenlernen durfte, haben eine bewundernswerte Energie und Entschlossenheit, relevanten Themen politisches Gehör zu verschaffen und Aufmerksamkeit auf die Bereiche zu lenken, die uns Hamburger:innen berühren, beschäftigen und verärgern.

Mit den Erfahrungen und Erkenntnissen, die ich in meiner Zeit in der Fraktion gewonnen habe, gehe ich nun zurück auf die Zielgerade meines Stadtplanungsstudiums und kann mit Bestimmtheit sagen, dass ich viele Dinge mit anderen Augen sehe. Eine Erkenntnis meines Praktikums – die für mich als angehende Planerin sicherlich auch ein wenig entmutigend sein kann – ist, dass die Fachleute in Planungsprozessen zwar

eine relevante Rolle spielen, die finale Entscheidung aber zu meist bei der Politik liegt. Als gewählte Vertreter:innen der Bürger:innen in einem demokratischen Gemeinwesen ist dies ja per se richtig und gut, nur gibt es häufig von außen weitere Einflussquellen auf Planungsentscheide der Politiker:innen. Und mit außen sind bedauerlicherweise nicht erfahrene Planende und auch nicht die Nutzer:innen der Stadt Hamburg gemeint, sondern wirtschaftliche Absichten und politische Interessenskonflikte. Sodass wir vielerorts wohl mehr von marktgesteuerten Planungspraxen sprechen müssen, anstatt von einer Stadt, die von ihren Nutzer:innen geplant und entschieden wird.

Doch meine Zeit in der Linksfraktion hat mir gezeigt, dass man diese Planungsrealitäten nicht akzeptieren und hinnehmen muss. Engagierte Fraktionsmitarbeitende, interessierte

und ehrgeizige Hamburger:innen, die sich zu gemeinsamen, durchsetzungsstarken Bündnissen und Initiativen zusammenschließen, können einen großen Einfluss auf die Stadt Hamburg und ihre stadtpolitischen Entwicklungen haben.

Und in diesem Sinne einen großen Dank an Heike und Michael, die mir während der gesamten Zeit so tolle Wissensvermittler:innen gewesen sind und mir einen möglichst objektiven Blick auf die Planung zu vermitteln versucht haben, an die gesamte Fraktion für ihren Ehrgeiz und ihre Tatkraft und an alle engagierten Hamburger:innen, Initiativen und Bündnisse, die die Stadtplanung in Hamburg immer wieder neu aufrollen, die Politik in die richtige Richtung lenken und so hoffentlich meine Zukunft als Planerin in einem vielfältigeren, diverseren und sozialeren Hamburg möglich machen.

Hufeisenwerfen? Nein danke!

Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass über antilinke Einmischungen in Offene Kinder- & Jugendarbeit



Foto: Antifa Allona Ost

Am 3. Februar diesen Jahres plant(e) die Sozialbehörde eine Fachtagung zum Thema »Linke Militanz – Bedarfe und Möglichkeiten der OKJA«. Zu dessen Vorbereitung verschickte die Behörde an 150 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), einen Fragebogen, in welchem diese Auskunft geben sollten zu potenziellen Haltungen ihrer Besucher:innen. Tagung wie Befragung seien Ergebnis einer Reaktion auf die Auseinandersetzungen beim G20-Gipfel in Hamburg und einer daraus resultierenden Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung »linksextremistischer Gewalttaten«, so die Behörde in einer Antwort auf eine Anfrage von Deniz Celik und Sabine Boeddinghaus.¹

Gegen die anti-linke Einmischung des Senats in die Offene Kinder- und Jugendarbeit haben umgehend eine Vielzahl von Einrichtungen, Trägern, Institutionen, Interessensgruppen und Verbänden Stellung bezogen. Im Kern richten sie sich gegen die vorauseilende Stigmatisierung von Jugendlichen mit linken, antikapitalistischen, antirassistischen, antifaschisti-

schen und antisexistischen Einstellungen. Und das vor dem Hintergrund eines zunehmenden rechten Terrors, des Massenmords im Mittelmeer, der Verstrickung der Sicherheitsorgane in neofaschistische Netzwerke wie Nordkreuz oder Uniter, der Zunahme von Rassismus und Antisemitismus im Schwung der »Querdenken«-Bewegung! Die Unterzeichner:innen von drei Stellungnahmen – jeweils eine der Interessenvertretung Offene Arbeit, IOVA, des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und der Fachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe Hamburg ver.di –² weisen die Richtung der

¹ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74057/linke_militanz_in_der_offenen_kinder_und_jugendarbeit.pdf.

² www.entschlossen-offen.de/2021/01/28/entschlossen-offene-arbeit-extrem-wichtig-hamburger-sozialbehoerde-richtet-ihren-blick-in-zeiten-rechten-terrors-nach-links/, <https://bund-laender-hamburg.verdi.de/ueber-uns/sozial-kinder-jugendhilfe/++co++caee3770-6466-11eb-9d8c-001a4a160116>, https://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF_2021/stellungnahme_antifaschismus.pdf

staatlichen Intervention von sich. Wesentlich ist allen – dem Abenteuerspielplatz Am Brunnenhof, dem Mädchentreff, der Poliklinik auf der Veddel, dem FC St. Pauli, der Grünen Jugend, dem Vorstand der Falken, dem Verein für Jugendpflege Steilshoop, den Fanprojekten des FC St. Pauli wie des HSV, der LINKEN und vielen weiteren Aktiven der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – die Ablehnung der immer wieder bemühten »Hufeisentheorie«. Ihr zufolge wacht der Staat in der Mitte über zwei ihn gleichermaßen bedrohende Ränder, von links wie rechts, Ränder, die als »extremistisch« gekennzeichnet werden und als Gleichartige außerhalb des »demokratischen« Diskurses stehen würden.

An der »Hufeisentheorie« gibt es bereits seit langem deutliche Kritik. Ein Punkt ist dabei das Selbstbild eines »neutralen« Staates in einer imaginären Mitte, einer quasi naturgemäßen Verbindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem demokratisch verfassten Gemeinwesen (wobei die demokratischen Errungenschaften Siege der Arbeiter:innen- und Frauenbewegung im 19. und 20. Jahrhundert waren) wie auch der Identifikation von »links« gleich »rechts«. Diese Identifikation ist nicht neu, spätestens im sog. Historikerstreit von 1986 war sie in der Öffentlichkeit eingeführt. Nach dem Ende der DDR gerierte sich die Bundesrepublik mit der Rede von »zwei deutschen Diktaturen« als vom Nazi-Erbe bereinigter Neubeginn.

Die Attacke der Sozialbehörde auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit geht in Hamburg einher mit einer Aufschwung von jungen, linksradikalen Antifa-Gruppierungen, die unmittelbar ins Visier der Sicherheitsorgane genommen wurden.

Wer auch immer den jetzigen Vorstoß orchestriert hat, eines ist sicher: Nicht Neonazis sind gemeint, nicht die Hintermänner und -frauen des NSU, der in Hamburg Suleyman Tasköprü ermordete, sondern linke, antifaschistische Aktivist:innen und linke Organisationen. Daher ist der Protest aus den Reihen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit so wichtig: zum einen, um der Behörde die Grenzen, auch die Grenzen der fachlichen Möglichkeiten, aufzuzeigen; zum anderen, um die Handlungsfelder der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Parteilich- und Vertraulichkeit zu erhalten – und engagierte Jugendliche begleiten zu können, nicht einschüchtern zu müssen. Dass aktuell nun die Kritiker:innen von den Veranstaltern der Tagung eine Ausladung erhalten haben, verschärft die laufende Auseinandersetzung und ist völlig inakzeptabel. Die LINKSFRAKTION hat dazu eine Schriftliche Kleine Anfrage³ an den Senat gerichtet mit der Aufforderung, diesen Vorgang zu erklären und ihn zurückzunehmen.

³ Drs. 22/3102, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74355/kritik_unerwunscht_ausladungen_bei_der_online_fachveranstaltung_linke_militanz_bedarfe_und_moeglichkeiten_der_okja_durch_die_sozialbehoerde.pdf

ELBTOWER: Gigantismus à la SPD

Von Heike Sudmann



Das Areal für den Elbtower (Foto: Heike Sudmann)

Hamburg soll einen neuen Leuchtturm bekommen – so könnte die Geschichte um den Elbtower auch umschrieben werden. Doch es geht bei diesem 245 Meter hohen Gebäude an den Elbbrücken gar nicht um die Stadt Hamburg, sondern um ein Vermächtnis von Olaf Scholz. Der heutige Bundesfinanzminister und damalige Erste Bürgermeister wollte und will sich hier ein Denkmal setzen. Und da Scholz nun auch

noch der Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2021 ist, darf es keine Verwerfungen geben, die kostbare Stimmen für Scholz und die SPD kosten könnten.

So lässt sich jedenfalls erklären, weshalb die Sozialdemokrat:innen in den entscheidenden Gremien (Bürgerschaft und Kommission für Stadtentwicklung) kein Problem damit haben, dem bekannten Investor René Benko (Galeria Kar-

stadt Kaufhof; in Hamburg u.a. Alsterhaus, Gänsemarktpassage, Einkaufspassage Perle [ehemalige Landesbankzentrale am Gerhart-Hauptmann-Platz]) mit seiner SIGNA-Gruppe den roten Teppich noch weiter auszurollen.

Vollmundig forderte die SPD noch vor zwei Jahren, dass Benkos Unternehmen SIGNA vor der Übergabe des städtischen Grundstücks an den Elbbrücken für mindestens 30% der geplanten Büroflächen und für die Hotelflächen verbindliche Miet- bzw. Pachtverträge vorlegen müsse. Mittlerweile hatten nämlich auch die Sozialdemokrat:innen Angst bekommen, ob mit dem höchsten Gebäude Hamburgs nicht auch die höchsten Leerstände und entsprechende Verödungen geschaffen werden. Der Senat argumentiert nun, in der Hafencity sei es doch kein Problem, Büroflächen zu vermieten, deshalb seien solche Sorgen unberechtigt. Doch aufgrund der Corona-Pandemie sei es eben schwierig, so viele Jahre vor der Fertigstellung Mietverträge abzuschließen. Diese Unlogik – keine Probleme zu sehen, aber keine Mietverträge zu bekommen – fiel im Haushaltsausschuss zwar auch einigen Sozialdemokrat:innen auf. Doch es hindert die SPD-Fraktion nicht daran, jetzt auf diese Vorvermietungsquote zu verzichten. Dass es für den versprochenen Publikumsmagneten im unteren Bereich des Gebäudes bis heute keine konkreten Ideen gibt, sei nur am Rande erwähnt. Auch andere Argumente gegen diesen baulichen Größenwahnsinn fruchten bei der SPD und den willfährigen Grünen nicht.

Zu dem notwendigen Bebauungsplan für den Elbtower gab es während der öffentlichen Auslegung Ende letzten

Jahres viele qualifizierte Einwendungen. So schrieb ein Einwender: »Das geplante Hochhaus liegt einerseits im Weichbild der Kernstadt und hat andererseits weder von seiner Höhe noch von seiner Form irgendwas mit der übrigen Stadt zu tun.« Für die Kernstadt, also die Innenstadt, waren bisher immer die Kirchtürme der Maßstab für die Höhe besonderer Gebäude. Derselbe Einwender setzte sich auch mit dem Wettbewerb unter den Groß- und Weltstädten auseinander: »Wenn sich im Übrigen die Stadt Hamburg mit Weltstädten messen möchte, weil es selbst den Anspruch hat, Weltstadt zu sein: Ein solches Hochhaus beeindruckt wenig. Kein Besucher wird erstaunt oder begeistert nach Abu Dhabi, Wuhan oder Dallas melden, in Hamburg gebe es ein 244 m hohes Gebäude. Das ist nichts, um darüber zu berichten. Die Annahme, dieser Turm sei auf Grund seiner Höhe bemerkenswert, ist kurzfristig und im Vergleich zu weltgleichen Entwicklungen kleinkariert und lächerlich. Das Hochhaus wird genauso störend und albern wirken wie die 11geschossigen Hochhäuser am Rande von Pinneberg.«

Festzustellen bleibt also: Die Höhe und die Nutzung des Gebäudes sind umstritten, wie auch die Einwendungen der Bürger:innen zeigen. Der Senat kann nicht begründen, weshalb der Elbtower 245 Meter und nicht 100 oder 150 Meter hoch sein muss. Gigantismus ersetzt noch lange keine Stadtentwicklung.

Nachtrag zum Investor René Benko:

Benko ist nicht nur in Hamburg aktiv, sondern in vielen deutschen Großstädten, wo er in den besten Lagen Grundstücke und Gebäude kauft. Am 8. Februar wurde in der »Süddeutschen Zeitung« (SZ) ein Artikel über René Benko unter der Überschrift »Münchner Nobelimmobilien, verwaltet im Steuerparadies« von Nina Bovensiepen, Mauritius Much und Viktoria Spinrad veröffentlicht.¹

Mit dem Steuerparadies ist Luxemburg gemeint. Dort sitzen viele Firmen, die zu Benko bzw. der SIGNA-Gruppe gehören. Die SZ weist auf die Möglichkeit hin, Mieteinnahmen aus Deutschland über Luxemburg in Länder weiterzuleiten, wo keine oder nur wenige Steuern fallen. Interessant ist auch ein Zitat des Münchner Bürgermeisters Dieter Reiter (SPD): »Ihm [Benko] gehört die halbe Innenstadt und wir können es nicht aufhalten.«

Am 10. Februar erreichte mich über Abgeordnetenwatch eine Anfrage, in der es u.a. heißt: »Wenn man im Luxemburger »Registre de Commerce et des sociétés« https://www.lbr.lu/mjracs/jsp/IndexActionNotSecured.action?time=1613127504454&FROM_BREADCRUMB=true unter »Bestellung eines Registerauszugs« den Code B214167 eingibt, stößt man auf die »Hamburg, Elbtower Beteiligung S.à r.l.«. Dies legt die Vermutung nahe, dass auch das vom Senat vorangetriebene Hochhaus-Projekt in der Hafencity in eine Konstruktion zur Steuervermeidung eingebunden ist.« Da werde ich dem Senat doch mal eine schöne Anfrage schicken, damit er über seine Kenntnisse informieren kann.

¹ www.sueddeutsche.de/wirtschaft/muenchen-rene-benko-signa-open-lux-1.5198004, Bezahlschranke



Der »Leuchtturm« als Modell

»Keine Profite mit Boden und Miete«

Hermann Kaienburg zu Stand und Perspektiven der Volksinitiative(n)



Unterschriftensammlung 19.10.2020 (Foto: Hermann Kaienburg)

Anfang 2020 gründeten die beiden Hamburger Mietervereine und mehrere andere Initiativen und Personen unter dem Titel »Keine Profite mit Boden und Miete« zwei zusammengehörige Volksinitiativen.

Ziele und Forderungen

Um den galoppierenden Boden- und Mietpreisen etwas entgegenzusetzen, entschieden sich die Initiator:innen, der weiteren Privatisierung von Boden und Wohnungen einen Riegel vorzuschieben. Außerdem wollten wir dafür sorgen, dass die Anzahl der günstigen Wohnungen mittelfristig wieder zunimmt, statt weiter abzunehmen.

Die Forderung nach einem Mietendeckel unterstützen wir natürlich auch. Sie schien uns aber juristisch sehr unsicher zu sein. Das Risiko, nach längerem Engagement plötzlich durch eine Gerichtsentscheidung zum Scheitern verurteilt zu werden, war zu groß. Die Initiator:innen einigten sich auf zwei Forderungen, die klar in die Kompetenz der Stadt fallen und zwar mit rechtlich getrennten Volksinitiativen (zwei, weil in Hamburg stets nur eine Forderung gestattet ist). Sie verlangen:

1. Um die Boden- und Wohnungsspekulation einzudämmen, sollen die Stadt Hamburg und ihre Gesellschaften keine Grundstücke und keine Wohnungen mehr verkaufen (stattdessen erforderlichenfalls verpachten oder per Erbpacht vergeben). Über Ausnahmen entscheidet bei besonderem öffentlichem Interesse die Bürgerschaft.
2. Weil so viele bezahlbare Wohnungen fehlen, sollen auf Grundstücken der Stadt nur noch Wohnungen errichtet

werden, deren Mieten dem sozialen Wohnungsbau (1. Förderweg), gegenwärtig 6,80 €/qm, entsprechen. (Es müssen aber keine Sozialwohnungen sein.) Mieterhöhungen sind dauerhaft nur entsprechend dem Lebenshaltungindex möglich, aber höchstens 2 % im Jahr.

Wir beabsichtigen, im Hinblick auf das Volksbegehren noch eine Formulierung zu ergänzen: Um die niedrigen Eingangsmieten zu sichern, wird die Stadt Hamburg für Genossenschaften und andere nicht renditeorientierte Wohnungsbaugesellschaften den Erbzins bis auf null herunterfahren und die Sozialwohnungsmieten als Einstieg in eine neue Förderpolitik soweit wie nötig fördern.

Dies sind Ziele, die erst mittel- und längerfristig ihre Wirkung zeigen werden. Aber wenn die Initiativen erfolgreich sind, werden sie die Hamburger Wohnungspolitik nachhaltig in eine neue Richtung lenken: hin zu großem städtischem und genossenschaftlichem Wohnungsbestand und zu einem viel größeren Anteil bezahlbarer Wohnungen als bisher.

Erster Erfolg: Trotz Corona weit über 10.000 Unterschriften für die beiden Volksinitiativen

Wegen der Corona-Pandemie war das Sammeln der 10.000 erforderlichen Unterschriften vom Februar bis in den Sommer 2020 unmöglich. Daher wurde die Sammelfrist bis zum 19. Oktober 2020 verlängert. Bei der Ablieferung der Unterschriftenlisten zeigte sich, wie breit die Unterstützung war: für beide Initiativen lagen etwa 14.400 Unterschriften vor.

Wie geht es weiter?

Nach diesem Erfolg befassten wir uns zunächst mit der neuen Lage. Dazu gehörte auch die Auswertung der Erfahrungen beim Unterschriftensammeln, einschließlich kritischer Äußerungen und Meinungen gegenüber unseren Forderungen (siehe dazu den ausführlichen Beitrag im Newsletter der Volksinitiative Nr. 1 vom 18.1.2021, S. 6, <https://keineprofitemitbodenundmiete.de/presse/>).

Wegen der Corona-Pandemie können die gesetzlich vorgesehenen Fristen für den weiteren Ablauf nicht eingehalten werden. Daher bemühen wir uns gegenwärtig, akzeptable Bedingungen auszuhandeln. Die Idee, unter Hinweis auf die Pandemie den Antrag zu stellen, das Volksbegehren zu überspringen und zusammen mit der Bundestagswahl im September 2021 gleich einen Volksentscheid durchzuführen, hatte keine Chance, weil dafür die Hamburger Verfassung geändert werden müsste und SPD und Grüne dazu nicht bereit sind. Nach gegenwärtigem Stand würde die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren im November/Dezember 2021 stattfinden. Wir hoffen allerdings, dass es in Gesprächen mit Politiker:innen und Behörden noch gelingt, diesen ungünstigen Termin ins Frühjahr 2022 hinauszuschieben. Wenn das Volksbegehren erfolgreich ist, möchten wir die nächste Stufe, den Volksentscheid, gern zusammen mit einer Wahl durchführen; denn sonst ist es erfahrungsgemäß sehr schwierig, die erforderliche Beteiligung zu erreichen. Dies bedeutet wahrscheinlich, dass der Volksentscheid erst im Frühjahr 2025 zusammen mit der Bürgerschaftswahl stattfinden kann.

Das Volksbegehren stellt eine hohe Hürde dar. Wenn man in drei Wochen ca. 65.000 Unterschriften sammeln will (d.h. über 3.000 pro Tag!), dann setzt dies voraus, dass Hunderte

von Unterstützer:innen gewonnen werden müssen, die gut vorbereitet und informiert sind, um am Tag des Beginns schlagartig täglich Unterschriften einzusammeln. Dies muss gründlich vorbereitet werden. Die gesamte Hamburger Zivilgesellschaft muss einbezogen werden. Wir sollten in allen Stadtteilen präsent sein und Kontakte in vielen gesellschaftlichen Bereichen aufbauen, z.B. im Kulturbereich, in Schulen und Hochschulen, in Jugendeinrichtungen und Sport, in Kirchen und Vereinen, in Gewerkschaften und Parteien. Wir werden versuchen, immer wieder für Beiträge in den Medien zu sorgen. Besonders wichtig ist die Präsenz im Internet. Um Informationen möglichst breit bekannt zu machen, haben wir begonnen, einen monatlichen Newsletter herauszugeben (Adresse: siehe Ende des Beitrags). Sollte das Bundesverfassungsgericht im Frühjahr 2021 den Berliner Mietendeckel weitgehend für rechtens erklären, wäre zu überlegen, ob in Hamburg eine weitere Volksinitiative mit ähnlichen Forderungen gegründet wird.

Wir brauchen in Hamburg eine aktive Mieter:innenbewegung. Deshalb hatte die Volksinitiative ihre Unterstützer:innen für den 20. Januar 2021 zu einem wohnungspolitischen Ratschlag eingeladen. Über 40 Teilnehmer:innen aus 20 Hamburger Initiativen – mehr als wir zu hoffen gewagt hatten – kamen an diesem Abend in einer Videokonferenz zusammen, um eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen wohnungspolitischen Aktivitäten vorzunehmen und über künftige Vorhaben zu beraten. Es wurde beschlossen, solche Beratungen regelmäßig durchzuführen (nächster Termin: 24.2.2021, 18.00 Uhr). Die nächste gemeinsame Aktion wird der bundesweite Housing Action Day am 27. März sein.

Wir bitten alle, denen die Neuausrichtung der Hamburger Wohnungspolitik ein Anliegen ist, die Initiative zu unterstützen.

150 Jahre Rosa Luxemburg

Mit einem reichhaltigen Online-Video-Angebot begeht die Rosa-Luxemburg-Stiftung am **4./5. März** den **150. Geburtstag ihrer Namensgeberin**: Um Spurensuche, die Geheimnisse der Akkumulation, persönliche Lebensverhältnisse und nicht zuletzt verschiedene Kultur- und Filmangebote geht es am Donnerstag und Freitag, den 4./5. März, jeweils von 12.00 bis 19.30 Uhr. Infos/Anmeldung: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/AHHW6/rosa150/?pk_campaign=HistorischesZentrum&pk_medium=XX%2fXXXX#pk_campaign=making_history.

Wer Näheres über Rosa Luxemburgs familiäre Ursprünge und geschichtliche Verbindungslinien wissen möchte, kann sich bereits am Vorabend zuschalten: Am **Mittwoch, den 3. März**, 18.30 bis 20.30 Uhr, laden die RLS und der VSA: Verlag ein zur Online-Veranstaltung **Rosa Luxemburg: Revolutionärin aus jüdischem Haus**. Marion Fisch (VSA: Verlag Hamburg) und Holger Politt (RLS Warschau) begeben sich mit Meinhard Meuche-Mäker (RLS Hamburg) ins Gespräch über das von Holger Politt und dem polnischen Journalisten Krzysztof Pilawski im letzten Jahr bei VSA: herausgegebene Buch »Rosa Luxemburg: Spurensuche. Dokumente und Zeugnisse einer jüdischen Familie«. Infos/Anmeldung: https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/BBCB4/rosa-luxemburg-revolutionaerin-aus-juedischem-haus?cHash=a79e419746b2a6d1f11c1383a79e8fef.



Foto: RLS-Archiv

Die Volksinitiativen sind ein mächtiges Instrument, mit dem man wirklich eine Änderung der Politik erzwingen kann. Wenn das Volksbegehren beginnt, brauchen wir viele Menschen, die gut informiert und bereit sind, innerhalb von drei Wochen eine möglichst große Zahl von Unterschriften einzusammeln. Bitte helft mit, die Diskussion in die breite Öffentlichkeit zu tragen, um schlecht informierte, Skeptiker:innen und Gegner:innen zu

überzeugen. Es sollte in Hamburg demnächst möglichst niemanden mehr geben, der sich mit diesem Anliegen nicht auseinandergesetzt hat!

Den Newsletter der Volksinitiative gibt es vorläufig nur im Internet: <https://keineprofitemitbodenundmiete.de/presse/>.

Tipps und Termine

Frisch herausgekommen ist der Newsletter von **Cansu Özdemir**, in der linken Bürgerschaftsfraktion zuständig für die Bereiche Frauen, Inklusion und Justizpolitik: www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/cansu-oezdemir/newsletter-von-cansu-oezdemir/.



Heike Sudmann betreibt einen Blog zu ihren Schwerpunkten Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik: <http://heikesudmann.net/blog/>, entsprechende Meldungen finden sich auch im Newsletter der bundesweiten LINKEN unter <https://die-linke.news/>.

Wer nach **Aktivitäten und Statements einzelner Abgeordneter** Ausschau hält, schaut sich das am besten auf der Homepage der Linksfraktion an: www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/.

Weitere Zugänge zur LINKEN bieten neben den Stadtteil- und Bezirksgruppen vor allem die **19 Landes-Arbeitsgemeinschaften (LAG)**, die auf Hamburger Ebene Politik entwickeln und bewegen. Und die sind auch für Nichtmitglieder offen. Zuletzt z.B. ist Mitte Januar 2021 die LAG Soziales gegründet worden. Sie ist so frisch, dass sie noch nicht einmal in der Übersicht der Zusammenschlüsse der Hamburger LINKEN auftaucht: <https://www.die-linke-hamburg.de/partei/zusammenschluesse/>.

Wer sich ein Bild über die **Verkehrs(entwicklungs)planung in Hamburg** machen will, aus offizieller, senatstreuer Sicht, der/die sei auf diese Website aufmerksam gemacht: www.hamburg.de/bvm/verkehrsentwicklungsplanung/. Gepflegt wird sie von der grün geführten Behörde für Verkehr und Mobilitätswende. Unter den verschiedenen Verweisen und Dokumenten findet sich z.B. der 1. Newsletter Verkehrsentwicklungsplanung und in Kürze sicherlich auch der 2., der Ende Januar verschickt worden ist: www.hamburg.de/bvm/verkehrsentwicklungsplanung/12923356/downloads/.

Die Trassenführung steht fest! Das meldete jüngst die Hamburger Hochbahn. Gemeint ist der **Streckenverlauf des Jahrzehntprojekts U5**. Seit Ende Dezember ist klar, wo die U-Bahn von der City Nord über Winterhude, die Innenstadt und Eimsbüttel bis zu den Arenen fahren wird. Um immerhin 24 Kilometer Strecke und 23 Haltestellen geht es, um rund 150.000 Menschen, die vollautomatisch und im 90-Sekunden-Takt bedient und befördert werden. Mehr dazu, auch über die Möglichkeiten der Bürger:innenbeteiligung: www.schneller-durch-hamburg.de/U5-Hamburg.



Stoppt die A26 Ost! Für diese Forderung **sammelt der Naturschutzbund (NABU) Hamburg zurzeit Unterschriften**. »Verkehrswende geht anders«, heißt es auf der betreffenden Website. »Mitten in der Klimakrise frisst sich mit der A26 West bereits eine neue Autobahn durch den Moorgürtel im Hamburger Süden. Doch damit nicht genug: Nun soll auch die A26 Ost gebaut werden - mit gravierenden Folgen für Natur, Klima und Menschen vor Ort. Dazu darf es nicht kommen! Schreiben Sie jetzt Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), um das Projekt noch zu stoppen. Mit der A26 Ost soll eine vermeintliche Lücke zwischen

der A1 und der A7 im Hamburger Süden geschlossen werden. 10 Kilometer lang und mit 1,8 Milliarden Euro sündhaft teuer. Die Finanzierung ist jedoch längst nicht das größte Problem: Der Betonbau verursacht massive Mengen an klimaschädlichen Emissionen und es droht ein Verlust von über 40 Hektar wertvoller Biotopflächen.« Mehr dazu und die Möglichkeit, die ersten 1.000 Unterschriften voll zu machen, gibt es hier: <https://mitmachen.nabu.de/de/StopA26Ost#sidebar>.



Andrej Holm, der zurzeit wohl bekannteste linke Stadtsoziologe aus Berlin, hat ein neues Buch herausgegeben. Es trägt den Titel **Wohnen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft** und ist, gefördert mit Mitteln der Rosa-Luxemburg-Stiftung, jüngst im VSA: Verlag erschienen. Das 240seitige sozialwissenschaftliche Handbuch ermöglicht einen »kompakten Einblick in zentrale Debatten und Konzepte zu Geschichte, Politik und Ökonomie des Wohnens«. Für 16,80 Euro ist es erhältlich im Buchhandel oder unter www.vsa-verlag.de/das_neue_programm/fruehjahr_2021/.

Die Pole der deutschen Sozial- und Wohnungspolitik lassen sich an zwei Meldungen ablesen, die im Abstand weniger Tage kürzlich durch die Medien gingen. Das Angebotsportal »immowelt« weist in einer neuen Studie darauf hin, dass in 75 von 81 deutschen Großstädten die **Immobilienpreise in 2020** weiter nach oben gegangen sind. In Hamburg liegen sie danach bei satten **5.270 Euro pro Quadratmeter**, 14%

mehr als im Vorjahr. »Krisenfest« auch in Zeiten der Pandemie nennt sich so was aus der Sicht von immowelt (»Hamburger Morgenpost«, 21.1.2021).

Auf der anderen Seite erschüttert seit Wochen eine nach der anderen Meldung alle sozial und menschlich empfindenden Hamburger:innen: Am 10. Februar ist ein weiterer Obdachloser nahe den Landungsbrücken verstorben. Es ist **der 13. Todesfall in diesem Winter auf Hamburgs Straßen**. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt vier Todesfälle von Obdachlosen im öffentlichen Raum. Es ist mehr als ein Trauerspiel in dieser Eiseskälte, wie der Senat sich windet, endlich genügend Hotelzimmer anzumieten und die Aufenthalts- und Übernachtungsstätten rund um die Uhr zu öffnen. Und das auch noch, obwohl laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey **64% der Bevölkerung eine Unterbringung in leerstehenden Hotels befürworten** (»Hinz&Kunzt« online, 11.2.2021). Wir möchten auch von dieser Stelle aus dazu aufrufen, sich an der **Mahnwache für Obdachlose** zu beteiligen oder die dort engagierten Menschen zu besuchen. Diese Aktion findet bis auf Weiteres **jeden Tag von 10.00 bis 20.00 Uhr** auf dem **Gerhart-Hauptmann-Platz** an der Mönckebergstraße statt. Initiatorin ist die Straßenhilfe Hamburg, die dreierlei Forderungen damit verbindet: die Unterbringung von Obdachlosen in Einzel-, maximal Zweibettzimmern; eine Aufenthaltsmöglichkeit auch tagsüber; eine regelmäßige Betreuung/Unterstützung durch (Straßen-) Sozialarbeiter/innen. Mehr dazu hier: www.strassenhilfe-hamburg.de/.



Die **AG Flucht** im Bündnis Solidarische Stadt Hamburg – dieses erfasst über 80 Gruppen usw. – ist dabei, eine neue Kampagne unter der Parole **»Menschen.Würde.Wohnen«** zu initiieren. Damit soll der Druck auf den Senat verstärkt werden, Obdachlose und Bewohner:innen von Sammelunterkünften in Hotels unterzubringen, die Zentrale Erstaufnahme-Einrichtung in Rahlstedt aufzulösen und alles dafür zu tun, um sämtliche auf ihrer Flucht an den EU-Außengrenzen Gestrandeten menschenwürdig unterzubringen. Die AG Flucht will ihre Kampagne flächendeckend anschaulich machen: durch das Anbringen von vielen, vielen Transparenten an Hauswänden, Balkonen

usw. Mehr noch, für diese Aktion hat die Initiative Banner mit sechs verschiedenen Beschriftungen in drei Standardformaten entwickelt, die ab sofort zu Preisen zwischen 10,- und 25,- Euro erworben werden können. Leider stehen die Transparent-Angebote noch nicht im Netz, deswegen ist es sinnvoll, sich mit einer entsprechenden Anfrage an diese Mailadresse zu wenden: hamburgatplatz@t-online.de.

Bereits am **4. Januar** wurde der **Fat Cat Day** begangen, wenn vermutlich auch nur von einem kleinen Kreis der Eingeweihten. Der »Tag der Fetten Katze« ist vor einigen Jahren in Großbritannien »erfunden« worden und bezeichnet den Tag, an dem ein:e Topmanager:in brutto so viel verdient hat wie ein:e Arbeitnehmer:in durchschnittlich in einem Jahr. Je nachdem, welche Einkommensstatistik der Bestverdiener:innen zugrunde gelegt wird, haben Topmanager:innen Anfang Januar eines jeden Jahres – so zwischen dem 4. und dem 6. des Monats – bereits so viel verdient, wofür Arbeitnehmer:innen noch rund 360 weitere Tage *alljährlich* schuften müssen. Nachzulesen hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Fat_Cat_Day.



Am **Freitag, den 19. Februar** jährt sich der **rasstistische Anschlag in Hanau zum ersten Mal**. Damals wurden neun junge Menschen erschossen: Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin. **Unsere Solidarität von Hamburg nach Hanau!** lautet die Parole dieser Tage. Am 14. Februar um 14.00 Uhr sowie am 19. Februar um 17.00 Uhr finden Gedenkkundgebungen auch in Hamburg statt, selbstverständlich mit Abstand und Mund-/Nasenschutz (www.keine-stimme-den-nazis.org/). Ab 17.30 Uhr kann mensch an einer per Livestream aus Hanau übertragenen Trauerveranstaltung für die Opfer des Anschlages teilnehmen: www.hessen.de/presse/pressemitteilung/gedenkefeier-zum-anschlag-von-hanau-im-livestream-0.

Von **Mitte Februar bis Mitte April** wird es in Wilhelmsburg unter der Überschrift **Schau hin** eine größere Anzahl an (Kultur-)Veranstaltungen geben, die sich dem rechten Rand und den Opfern des NSU widmen. Organisiert werden die Ausstellungen- und Aktionswochen vom **Netzwerk gegen Rechts Wilhelmsburg**. Hier sei nur auf die am Sonntag, den 21. März, eröffnete Ausstellung »Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen« hingewiesen; sie wird noch bis zum 4. April an verschiedenen Orten auf der Elbinsel zu sehen sein. Das Gesamtprogramm gibt's hier: <https://schauhin.jimdosite.com/>.



St. Paulis Menschen bleiben weiter aktiv gegen den geplanten Neubau an der Feldstraße gegenüber vom Arrivati-Park. Am **Samstag, den 26. Februar**, findet um 19.00 Uhr vor dem Neuen Pferdemarkt 34 eine nächste **Kundgebung** statt. **Bäume statt Paulihaus** lautet das Motto, und es gilt, das bunte St. Pauli und den St. Pauli Code zu erhalten. Special Guest an diesem Abend: die Holstenareal-Initiative »Knallt am dollsten«. Mehr unter: www.stpaulicodejetzt.de/news/ (und auf S. 16 in diesem Bürger:innenbrief).

Ein schönes Projekt hat sich die **Patriotische Gesellschaft** vorgenommen. Seit einiger Zeit bemühen sich engagierte Mitglieder in einem eigenen Team darum, unsere Stadt kinderfreundlicher zu gestalten. »Hamburger Kinder haben gerade jetzt eine **Kinderstadt** verdient!« – so die Ausführungen dieser Gruppe im Newsletter »Der Bienenkorb« vom Dezember 2020. »Nie war eine Kinderstadt nötiger als heute, da uns die Corona-Pandemie einmal mehr vor Augen führt, dass Bildungschancen und Teilhabe sehr unterschiedlich verteilt sind.«



Im **Sommer 2021** wird eine erste Großaktion stattfinden: 500 bis 800 Kinder soll an einem Tag die Möglichkeit geboten werden, Hamburgs erste Kinderstadt zu erleben. Mehr dazu (inkl. Konzept einer kinderfreundlichen Stadt) hier: www.patriotische-gesellschaft.de/de/unsere-arbeit/bildung/kinderstadt-hamburg.html.



Nach wie vor zentral für die aktuellen Zahlen und Verordnungen in Hamburg ist diese Website: www.hamburg.de/coronavirus/. Neu ist u.a. dieser kurze ARD-Beitrag vom 6. Februar zur Frage **Wie Corona unsere Innenstädte verändert**. Er hat eine Länge von lediglich sechs Mi-

nuten, ist aber ein deutliches Bekenntnis zu den Chancen, die die gegenwärtige Krise bietet, nämlich »für mehr Vielfalt in Deutschlands Innenstädten«: www.ardmediathek.de/daserste/video/w-wie-wissen/wie-corona-unsere-innenstaedte-veraendert/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlMmRlL3cgd2llIHdpY3Nlbi8wN2RkMmQwMi04MGewLTQ5MTAtYTQ1Ny1jODA3OWQ4NjliOWI/.

Was die **Linksfraktion zu jüngsten Entwicklungen bei der Corona-Pandemie** meint, vor allem, welche Initiativen sie ergreift und welche Forderungen erhoben werden, das lässt sich hier erfahren: www.linksfraktion-hamburg.de/corona/.

Hamburgs Schulen in der Pandemie

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Schule muss als Lern- und Erfahrungsraum zugänglich sein!

Schule ist ein wichtiger Kommunikationsort für Kinder und Jugendliche. Schüler*innen müssen die Möglichkeit haben, sich in ihrer Schule unter Wahrung aller Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und auszutauschen.

»Bildung ist Lebensmittel – auch in Pandemiezeiten«
Positionspapier LINKER Bildungspolitiker*innen

Quelle: Positionspapier DIE LINKE

Nachdem schon im ersten Lockdown viele Bildungspolitiker:innen der LINKEN »Big Five« für die Bildungspolitik vorgelegt haben, die vor allem die unmittelbaren Aufgaben thematisierten (aber auch darüber hinauswiesen, weil es um grundlegende, jedoch gerade verstärkte Mängel im Bildungswesen ging),¹ konnte sich jetzt im zweiten Lockdown auf fünf Punkte verständigt werden, die die ganz spezifischen Gelingensbedingungen von Bildungseinrichtungen unter Pandemiebedingungen definieren. Damit sollte – über den

Umgang mit den derzeit drängenden Problemen an Schulen hinausgehend – Schüler:innen, Lehrkräften und Eltern eine Perspektive gegeben werden, die über die schematischen Handlungskonzepte »Schulen auf« – »Schulen zu« weit hinausweisen. Diese Orientierung ist elementar, denn »Bildung ist Lebensmittel – auch in Pandemiezeiten!«

¹ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74057/linke_militanz_in_der_offenen_kinder_und_jugendarbeit.pdf.

Wir haben aus Hamburg an diesem Papier mit großer Begeisterung mitgearbeitet. Zentrale Aspekte, wie gerade jetzt den Druck aus den Institutionen und von den Schüler:innen und ihren Familien zu nehmen und »Runde Tische« der vielfältigen Bildungsakteur:innen einzurichten, flossen auch in unseren bildungspolitischen Antrag der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ein.² Zentral dabei ist, die Schulen in die Lage zu versetzen, sich konzeptionell auf die kommenden Schritte ihrer Wiederöffnung sicher vorbereiten zu können. Dazu haben wir in Zusammenarbeit mit Schulleitungen einen eigenen Vorschlag für einen möglichen Stufenplan mit klaren Kriterien und Konzepten vorgelegt.³

Bisher wurden alle Maßnahmen von oben angeordnet – mit den verheerenden Resultaten, wie wir sie jetzt in den unregelmäßigen Schulschließungen erleben müssen, worunter wieder diejenigen am meisten leiden, die besonderer Unterstützung bedürfen. Weil die Ratschläge der Interessensverbände, der Expert:innen, der Schulgemeinschaften seitens

des Senats und der zuständigen Behörde nicht ernst genommen wurden, stehen wir wieder vor geschlossenen Schulen und einer sich vertiefenden Bildungsungerechtigkeit. Daher müssen neue Wege beschritten werden – Runde Tische, an denen Bildungsakteur:innen, Expert:innen, Eltern, die Kammern und Initiativen vertreten sind, wären ein Minimum an Konsensfindung und Vertrauensbildung. Natürlich im Sinne der Rechte der Kinder und Jugendlichen auf Bildung, Teilhabe und Gesundheitsschutz.

² www.entschlossen-offen.de/2021/01/28/entschlossen-offene-arbeit-extrem-wichtig-hamburger-sozialbehoerde-richtet-ihren-blick-in-zeiten-rechten-terrors-nach-links/, <https://bund-laender-hamburg.verdi.de/ueber-uns/sozial-kinder-jugendhilfe/++co++ceae3770-6466-11eb-9d8c-001a4a160116>, https://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF_2021/stellungnahme_antifaschismus.pdf

³ Drs. 22/3102, https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74355/kritik_unerwuenscht_ausladungen_bei_der_online_fachveranstaltung_linke_militanz_bedarfe_und_moeglichkeiten_der_okja_durch_die_sozialbehoerde.pdf

Transparente Kriterien für den Schulbetrieb

Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass schlagen einen linken Stufenplan vor



Foto: Antifa Altona Ost

Das Recht auf Bildung von Kindern und von Schüler:innen in Kita und Schule steht gleichberechtigt neben dem Schutzinteresse älterer und vorerkrankter Menschen. Hier gilt es unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse der Gesundheitsbehörde, in verbindlicher Abstimmung der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) mit den zuständigen Hamburger Gremien der Vertretungen der Eltern sowie Schülerinnen und Schüler (SuS) und in einem dazu einberufenen Hamburger Schul-Rat, einen angemessenen Kompromiss zwischen dem berechtigten Schutzbedürfnis und dem Anspruch auf Bildung zu finden.

Als Beitrag für eine Diskussion zum Thema »Kriterien für einen sicheren Schulbetrieb« schlagen wir folgende drei Abstufungen vor:

1. Bis zu einem **Inzidenzwert von 50** bleiben alle Schulen im **Regelbetrieb**. Die Gesundheitsämter sind bei diesen Werten in der Lage, Kontakte nachzuverfolgen.
2. Bei **Inzidenzwerten zwischen 50 und 100** gehen Schulen in den **Wechselbetrieb** über. Jeweils nur noch die Hälfte der Kinder und SuS werden in Schule beschult und versorgt. Diese Aufteilung erfolgt nach der jeweiligen Planung der betroffenen Schulen. In den Schulen werden mit Lerngruppen von maximal 15 SuS die Mindestabstände von 1,5 Meter im Unterricht eingehalten. Es gilt in allen Schulformen eine dauerhafte Maskenpflicht. Außerschulische Lernorte und zusätzliches Personal aus Kunst, Kultur und Sport werden konzeptionell eingebunden.

3. Bei **Inzidenzwerten über 100** beenden Schulen den Wechselbetrieb und bieten vor Ort nur noch eine **Notbetreuung** nach folgenden Kriterien an:

- Kinder und SuS aus Familien, die Unterstützung vom ASD erhalten,
- Kinder und SuS, die eine sonderpädagogische Förderung nach §12 erhalten,
- SuS, die eine Lernförderung nach §45 erhalten,
- SuS, die in der öffentlichen Unterkunft leben und
- SuS, deren Eltern in Berufen arbeiten, die nicht Homeoffice-kompatibel sind.

Die Schulen kommen ihrem Bildungsauftrag im Rahmen des **Fernunterrichts** umfassend nach. Die Eltern werden durch einen Anspruch auf bezahlten Urlaub entlastet. Familien, die es benötigen, erhalten zusätzliche Hilfen.

Abschlussprüfungen aller Schulformen in 2021

Die Abschlussprüfungen im Schuljahr 2020/21 sollen in ihren Inhalten von den Schulkonferenzen der Schulen festgelegt werden. Die Abschlussjahrgänge 2021 konnten im Schuljahr 2019/20 fast ein ganzes Halbjahr nicht am regulären

Unterricht teilnehmen und sind im Schuljahr 2020/21 seit Jahresbeginn 2021 im Fernunterricht. Wer in so einer Situation an die SuS die gleichen Prüfungsmaßstäbe und -abläufe anlegt wie in normalen Zeiten, benachteiligt sie massiv.

Die Schulkonferenzen der prüfenden Schulen legen die Inhalte der Bildungspläne fest, die in den Abschlussprüfungen des Jahres 2021 geprüft werden. Die Schulkonferenzen werden im Vorlauf auf diese Beschlussfassung von den jeweiligen Schulleitungen darüber informiert, welche prüfungsrelevanten Inhalte der Bildungspläne im Schuljahr 2019/20 und 2020/21 unter Pandemiebedingungen an der jeweiligen Schule prüfungsangemessen unterrichtet werden konnten.

Der erste und mittlere Schulabschluss wird auf Grundlage des über das zurückliegende Schuljahr ermittelten Notendurchschnitts ohne mündliche und schriftliche Abschlussprüfungen nach Vorgabe der Schulkonferenz vergeben.

Für die Abiturprüfungen wählen die Schulen aus dem bundesweiten Pool von Abituraufgaben Prüfungsaufgaben für diejenigen Inhalte des Bildungsplans aus, die im aktuellen und vergangenen Schuljahr nach Feststellung der Schulkonferenz prüfungsangemessen unterrichtet werden konnten.

Corona-Talk: Bildung in der Pandemie – Online-Veranstaltung

Die Corona-Krise ist eine flächendeckende Bildungskrise geworden! Die augenblicklichen Schulschließungen mit den unregelmäßigen Notbetreuungen bringen Familien in große Schwierigkeiten und Belastungen. An Bildung ist nicht zu denken, wer nicht in der Notbetreuung ist, wird eher schlecht als recht vor dem Bildschirm betreut. Zwar werden Leistungen produziert, was aber an Wissen bei den Kindern und Jugendlichen bleibt, ist vollkommen fraglich und wird seitens der Schulbehörde auch nicht erfragt. Die Lehrkräfte selbst leiden unter der Mehrfachbelastung eigener Familienarbeit, Präsenz- und Digitalunterricht, stockendem Internet, rechtlichen Unklarheiten. Ökonomisch und sozial belastete Kinder und Jugendliche haben derzeit sowieso das Nachsehen. Das Leben der jungen Menschen verschlechtert sich in der Corona-Pandemie, das ist unübersehbar und inzwischen auch empirisch belegt. Die Diskussion um Lösungsansätze bewegt sich aber ausschließlich um die Frage »Schulen auf« oder »Schulen zu«, als ob das bestehende Bildungswesen vor Corona die Rechte der Kinder und Jugendlichen auf Bildung und Teilhabe wahrgenommen hätte und als ob in dem bestehenden System Bildung für alle jungen Menschen möglich gewesen sei. Soll das verlorene Paradies des mehrgliedrigen Schulsystems nur mit AHA+L-Regeln wiederhergestellt werden?

Es waren lange Konzepte für verschiedene Beschulungsmodelle versprochen worden, geschehen ist bisher nichts. Qualität in der schulischen Bildung spielt keine Rolle in den behördlichen Erwägungen. Welche Schritte wären möglich, die die unterschiedlichen Rechte – auf Bildung, auf Teilhabe und auf Gesundheitsschutz – zusammenbringen würden?

Welche Maßnahmen sind nötig, um den Druck, der auf den Familien, auf den Kindern und Jugendlichen und auf den Lehrkräften lastet, zu verringern? Welche Potentiale ließen sich aus dieser Ausnahmesituation für besser Bildung und gerechte Teilhabe nutzen? (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/veranstaltung/bildung-in-der-pandemie/>)

Online-Debatte Donnerstag, 25. Februar 2021, 17.00 bis 19.00 Uhr

Mit Anna-Maria Kuricová (Familien in der Krise), Anna Ammon (GGG), Sven Quiring (GEW), Heiko Habbe (Sichere Bildung in Hamburg), Moderation: Sabine Boeddinghaus (Linksfraktion Hamburg)
Online-Veranstaltungen über Zoom. Anmeldung unter veranstaltungen@linksfraktion-hamburg.de

Die Veranstaltung wird live übertragen bei: www.facebook.com/Fraktion.DIE.LINKE.Hamburg; www.youtube.com/channel/UCVI16j_SGBjNUUqeHGO1uRQ; <https://twitter.com/LinksfraktionHH>

Freistellungsgebiete endlich abschaffen!

Von Michael Joho



Kundgebung am Hansaplatz, 20.9.2016 (Foto: Michael Joho)

Nicht nur DIE LINKE klagt seit vielen Jahren über den Rückgang des Bestandes an bezahlbaren, günstigen Wohnungen. Sie sind unter den obwaltenden Bedingungen kapitalistischer Verhältnisse kaum anders als durch öffentliche Förderung, im Normalfall also nur als Sozialwohnungen des 1. Förderweges zu haben. Doch was viele nicht wissen, die sowieso schon von Jahr zu Jahr zusammenschmelzende Zahl dieser Sozialwohnungen ist nur zu einem, wenn auch dem größeren Teil Menschen mit geringem Einkommen vorbehalten. Für den Stichtag 6. Mai 2019 hat der Senat angegeben, dass von 77.029 Sozialwohnungen genau 13.736 (= 17,8%) »freigestellt« waren. Im Klartext: Mehr als jede sechste Sozialwohnung unterliegt keinen Einkommensobergrenzen, ist also freigestellt von dieser Einschränkung. Und das seit Jahrzehnten! Etwas zugespitzt formuliert: Eigentlich hat Hamburg gar keine 77.000 Sozialwohnungen, sondern lediglich etwas mehr als 63.000.

Solche flächendeckenden Freistellungsgebiete sind Mümmelmannsberg und Steilshoop (seit circa 1977), Neuallermöhe-West und Wilhelmsburg (seit 1997). Die damaligen Motive für die Einrichtung solcher Gebiete, in den die Sozialwohnungen zwar mit öffentlichen Mitteln gebaut worden, bei denen aber die Einkommensgrenze aufgehoben sind, bestimmen bei den Stadtgewaltigen noch immer die Sicht darauf. Wie anders ist zu verstehen, dass die Senatsparteien im Januar 2021 die Freistellungsgebiete erneut um ein halbes Jahr verlängert haben? Es galt und gilt ihnen, die Konzentration von »sozialer Benachteiligung« in Wohnsiedlungen mit hohem Anteil an Sozialwohnungen zu verhindern, indem besserverdienende Haushalte in die eben diese geförderten Wohnungen einziehen können. Von sozialer Benachteiligung zu sprechen ist eh schon ein fragwürdiger Begriff, zumindest wenn damit so etwas wie eine soziale Inkompetenz gemeint ist. Es geht um materielle Benachteiligung, aus der dann vie-

lerlei weitere Benachteiligungen, Hintanstellungen, Diffamierungen usw. resultieren. Zudem gibt es diese Freistellungsgebiete seit fast 45 bzw. 25 Jahren, da sollte sich doch etwas geändert haben?

Hinzu kommt, dass es längst unverständlich ist, in Zeiten der Wohnungsnot für Haushalte mit kleinem Portemonnaie den viel zu kleinen Sozialwohnungsanteil noch weiter zu beschneiden, und zwar gleich für ganze Stadtteile. Dies ist um so kritikwürdiger, wenn die Zahlen der vordringlich wohnungssuchenden Haushalte in den Fokus geraten. Waren es 2009 noch 4.242 solcher Haushalte in Hamburg, die nicht mit einer Sozialwohnung versorgt werden konnten (Drs. 19/7479 vom 12.10.2010, Nr. 4), waren es Mitte 2019 bereits 11.798 unversorgte vordringlich wohnungssuchende Haushalte (Drs. 22/1499 vom 29.9.2020, Nr. 1). Ein Schelm, der einen Vergleich zwischen der Zahl der freigestellten Wohnungen und der der unversorgten Haushalten herstellt.

Während der Senat Mitte Dezember 2020 erklärte, dass die Freistellungsgebiete erst einmal wieder um ein weiteres halbes Jahr verlängert würden (Pressemitteilung der Behörde vom 18.12.2020), hatte die Linksfraktion beantragt, die Freistellungsregelungen wenigstens gleich danach, also zum 30. Juni 2020, auslaufen zu lassen (Drs. 22/2784 vom 11.1.2021). Doch das freundliche Entgegenkommen der Linksfraktion fand nicht die gewünschte Würdigung. Auf der Bürgerschaftssitzung am 13. Januar 2021 wurde der Antrag mit den Stimmen der SPD, GRÜNEN, CDU und AfD abgelehnt. Was offen lässt, wie er sich Mitte des Jahres verhalten wird: Bleibt es weiter bei den Freistellungsgebieten oder laufen sie (irgendwann) aus. Die Chance, dass zumindest ab Juli 2021 nach und nach unversorgte Haushalte in eine der 300, 400 jährlich frei werdenden Wohnungen einziehen kann, ist damit mehr als ungewiss.

»Unsere Forderungen zum Holstenareal«



Holsten-Brauerei 1879 (Gemälde, © Stadtarchiv Altona)

Es gehört seit Jahren zum (angestrebten) Standard, im »Bürger:innenbrief« nicht nur Menschen aus den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bündnissen zu Wort kommen zu lassen, sondern auch interessante, möglichst auch für andere Gruppierungen anregende Dokumente aufzunehmen. Wir berücksichtigen dieses Mal eine Erklärung der Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten«, die auf einer gut besuchten Veranstaltung am 25. Oktober 2020 angetreten ist, um sich »für eine Bebauung und Gestaltung des Holstenareals im Sinne einer solidarischen Stadtentwicklung« einzusetzen (www.knallt-am-dollsten.de/unsere-forderungen-zum-holstenareal/).

Wir danken für die Möglichkeit, dieses Dokument für eine andere Stadtentwicklung im Interesse der Menschen, jenseits der Profitlogik, aufnehmen zu dürfen.

Forderung 1: Schluss mit dem Investoren poker um das Holstenareal. Städtisches Vorkaufsrecht wahrnehmen

Die Stadt den Menschen – nicht den Investoren

Die Stadt muss alle Möglichkeiten prüfen und ausschöpfen, um das Grundstück dem Investor abzukaufen und zu kommunalisieren. Die Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts ist dabei

das zentrale Instrument. Weiterverkäufe von Firmenanteilen im Rahmen von Sharedeals dürfen davon nicht ausgenommen werden.

Hier wie bei anderen zentralen Forderungen gilt aber: Es darf nicht bei leerer Rhetorik bleiben: Den Worten müssen Taten folgen!

Forderung 2: Kein Zurückweichen vor dem Investor

150 Millionen Spekulationsgewinn – Olaf Scholz: »Das regelt der Markt«

Die Verhandlungen mit dem Investor sollten nicht unter Zeitdruck erfolgen. Kein übereilter Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, der das letzte Druckmittel der Stadt ist, solange der Investor nicht den für eine solidarische und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung auf dem Holstenareal essentiellen Rahmenbedingungen zugestimmt hat. Es muss durch geeignete Maßnahmen Druck auf den Investor ausgeübt werden. Instrumente dafür können z.B. ein Moratorium oder Planungstreik sein.



Forderung 3: Wohnen ist ein Grundrecht und muss bezahlbar sein

Miete 20€/qm? Eure Gier ist nicht unser Bier!

Hamburg braucht Wohnraum, den sich alle Hamburger*innen leisten können, auf dem gesamten Holstenareal! Wir fordern dauerhaft bezahlbare Mieten. Die zukünftige Kaltmiete auf dem Holstenareal darf den aktuellen Mietenspiegel nicht übersteigen. Es dürfen keine Gentrifizierungsprozesse in Gang gesetzt werden und kein Preisdruck auf den umgebenden Stadtteil aufgebaut werden.

Forderung 4: Schutz der Bestandshäuser und ihrer Bewohner*innen

Ressourcen sparen – Bestand bewahren!

Die Bewohnerinnen der elf Bestandshäuser auf dem Holstenareal fordern die Politikerinnen auf, sie vor Verdrängung zu schützen. Jede Neuplanung des Holstenareals muss sozialverträglich sein. Mögliche für die Bestandsbewohner*innen negative Auswirkungen müssen durch alle geeigneten Maßnahmen verhindert werden. Weiterer Immobilienspekulation muss Einhalt geboten werden.

Falls Bestandshäuser, die jetzt im Privatbesitz sind, veräußert werden, muss die Stadt ihr Vorkaufsrecht ausüben. Die Bestandshäuser müssen bei Abriss- oder Baumaßnahmen umfassend vor Beschädigung geschützt werden und in ihrer baulichen Substanz als Wohnraum erhalten bleiben. Maßnahmen müssen vorab kommuniziert werden.

Forderung 5: Baugemeinschaften möglich machen

Die Stadt den Menschen – nicht den Investoren

Die im Letter of Intent festgehaltenen 20% für Baugemeinschaften im Bereich Wohnen dürfen nicht aufgeweicht werden. Die entsprechenden Baugemeinschaften sollten genossenschaftlich oder mit genossenschaftsähnlichen Gesellschaftsformen organisiert sein, um als Anker für eine solidarische Stadtentwicklung zu dienen.

Der durch das Elektrosmoggutachten bedingte Verlust von Wohnungen an der Bahntrasse darf nicht zu ihren Lasten gehen, ein Ausgleich an anderer Stelle muss gewährleistet werden – keine Anrechnung der Baugemeinschaften für Gewerbe auf das Wohnen. Um kollektives Wohnen und Bauen möglich zu machen, darf der Grundpreis von 600 Euro pro Quadratmeter Grundstückspreis nicht überschritten werden. Die Stadt muss die benötigten Grundstücksflächen vom Investor ankaufen.





Forderung 6: Gewerbeflächen für die Bewohner*innen schaffen

Quartier statt Cartier

Wir begrüßen, dass nun auch für Gewerbeflächen Baugesellschaften vorgesehen sind. Die Stadtgesellschaft hat mit selbstorganisierten und genossenschaftlichen Modellen wie z.B. der Fux Genossenschaft, dem Gängeviertel oder dem Handwerkerhof Ottensen gute Erfahrungen gemacht. Aber auch die Mieten für Gewerbeflächen müssen erschwinglich sein und kleinteiligem Gewerbe, das an den Bedürfnissen des Stadtteils und seiner Bewohner*innen orientiert ist, Platz geben. Wohnen und Gewerbe müssen so gemischt sein, dass eine Grundversorgung in allen Bereichen möglichst weitgehend garantiert ist. Die denkmalgeschützte ehemalige Schwankhalle der Holstenbrauerei bietet dafür eine hervorragende Möglichkeit (z.B. Wochenmarkt unter dem Schutz des Vordachs, kleinteiliger Lebensmitteleinzelhandel und Kultur im Innenbereich). Die jetzt vorgesehene Nutzung im Rahmen eines Hotels lehnen wir ab.

Forderung 7: Aktive Beteiligung an der Stadtentwicklung statt Scheinpartizipation

Hört auf, uns zu verarschen!

Die Neuplanung des Areals muss partizipativ erfolgen – unter Einbindung von alten und künftigen Bewohnerinnen und der Nachbarschaft im Stadtteil. Beteiligung an städtebaulichen Prozessen ist mehr als das Verschieben von bunten Bauklötzchen bei folgelosen Mitmachformaten. Ohne Orientierung an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen ist Beteiligung Makulatur. Wir fordern aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen, auch und besonders, wo es um das unmittelbare Lebensumfeld geht. In Hamburg sind damit z.B. bei den Esso-Häusern mit der PlanBude oder bei Park Fiction positive Erfahrungen gemacht worden.

Fundstück

Seit einiger Zeit druckt die »Hamburger Morgenpost« ganze Seiten aus genau 20 Jahre zurückliegenden Ausgaben ab. Hier ein Fundstück vom Februar 2001, wiederzulesen in der Mopo vom 10. Februar 2020.

Regenbogen/PDS: Da geht noch was

Kuschelkurs ja, Parteienbündnis nein: Regenbogen und PDS gehen gemeinsam in den Hamburger Wahlkampf, laden heute zu einer ausführlichen Diskussion über Inhalte ein: Der sogenannte „Stadtpolitische Ratschlag“ findet von 10 bis 18 Uhr im Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6 (Eimsbüttel) statt.

Regenbogen-Sprecherin Heike Sudmann zur MOPO: „Wir streben kein Bündnis an, das hätte keine Chance. Aber es soll eine starke linke Opposition geben. Dazu laden wir alle interessierten Kräfte der Stadt ein.“

Das Kalkül des

Regenbogens: Kandidaten aus anderen linken Gruppen wie der PDS könnten sogar mit auf der Liste der GAL-Abspaltung antreten. Wo die gemeinsamen Ziele liegen, wollen Politiker von PDS und Regenbogen heute in vier Arbeitsgruppen zu Kinderbetreuung und Jugendhilfe, Bildung, Arbeitsmarkt sowie Sicherheit und Ausgrenzung im öffentlichen Raum ausloten. Das Einführungsreferat hält Hafenstraßen-Pastor Christian Arndt. Sudmann: „Er will uns wohlwollend, aber auch kritisch begleiten.“

sö



Und wie! (Hintergrund: wikimedia commons)

Kulturipp: Spannendes im Web



links: Parkhaus Rödingsmarkt (www.denkmalverein.de); rechts: Max Beckmann, Im Artistenwagen (1940, Amsterdam; <https://beckmann-gemaelde.org>)

Von wenigen Erleichterungen im Alltag für Kitas, Schulen und Frisöre wird es vorerst bis zum 7. März bei der Schließung der Läden, Lokale und Kultureinrichtungen bleiben. Was bleibt? Weitermachen mit Austausch im kleinsten Kreis, mit Videokonferenzen, Puzzles, Kreuzworträtseln und nicht zuletzt, der Wahrnehmung von interessanten Onlineangeboten. Und dem sollen in diesem BB die Tipps gewidmet sein, denn es gibt wirklich Aufregendes zu entdecken.

Da wäre zunächst ein 15minütiges beeindruckendes Video, das die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar in Auftrag gegeben hat. Es geht darin um die Opfer der NS-Zeit und die **Biografien von Hamburger Verfolgten**, festgemacht an einigen der mittlerweile rund 6.000 in Hamburg verlegten **Stolpersteine**. Den Clip gibt es hier: www.youtube.com/watch?v=ENI-i4Tow3uQ&feature=youtu.be. Die Liste der Stolpersteine und betreffenden Lebensläufe lässt sich – nach Namen, Straßen, Stadtteilen und Bezirken aufrufbar – einsehen unter: www.stolpersteine-hamburg.de/?MAIN_ID=7.

Wir empfehlen dazu ein weiteres, 17minütiges Video, die Aufzeichnung einer von der Initiative HammSeZivilcourage am 28. Januar veranstalteten Online-Lesung in der Hammer Buchhandlung »Seitenweise« (www.youtube.com/watch?v=dEZaGJOsKrs) zu Ehren von **Dr. Ulrich Bauche** aus seinem letzten Buch »Genau hinsehen. Beiträge zur Gesellschaftsgeschichte Hamburgs« (VSA: Verlag 2019). Der kurz vor Weihnachten verstorbene Kulturhistoriker, Volkskundler und langjährige Hauptkustos am Museum für Hamburgische Geschichte Ulrich Bauche (1928-2020) hat eine bewegte Biografie. Aus sozialdemokratisch-jüdischem Elternhaus in

Hamm kommend hat er sich zeitlebens für eine kritische Aufarbeitung der Hamburger Geschichte – nicht zuletzt der Arbeiter:innenbewegung und der Juden und Jüdinnen und ihrer Verfolgung – engagiert.

Ein kurzer Blickwechsel auf zwei ganz wunderbare kulturelle Angebote im Netz. So hat sich der Denkmalverein etwas Neues, wirklich Schönes und Anregendes ausgedacht. Im Format **Drei Minuten Denkmal** präsentieren Kenner:innen unbekannte Seiten verschiedener Hamburger Bauwerke, und zwar bisher diese: Brandshofer Deich, Flüggerhöfe, Schellfischttunnel, ehemaliger Tempel Poolstraße, Haus der Patriotischen Gesellschaft, Parkhaus Rödingsmarkt, Sternbrücke. Ebenso interessant ist das zweite Format, die 30- bis 60minütigen Rundgänge unter dem Titel **Denkmal im Wandern** (www.denkmalverein.de/angebote).

Weltweit einmalig dürfte auch die Präsentation des **künstlerischen Oeuvres von Max Beckmann** (1884-1950) im Netz durch die Hamburger Kunsthalle sein (<https://beckmann-gemaelde.org/>). Mehr als 700 Gemälde werden in gestochen scharfen Farbabbildungen dargeboten, dazu Bilderdaten und reichlich weiterführendes Material geliefert. Das sind 20, 30 Beckmann-Kataloge in einem! Okay, es ist nicht wie ein Livebesuch in der Kunsthalle, aber auf diesem virtuellen Wege lässt sich in großartigen Bildern schwebeln und mehr als ein Gesamteindruck dieses weltbekannten deutschen Malers gewinnen.

Fazit: Wer interessante politische, historische, kulturelle Webangebote empfehlen kann, mag sich gerne bei uns melden. Sicher können wir den einen oder anderen Tipp auf diesem Wege weitergeben.

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg